

## Betreff

Dezernat/e

Bericht zum Beschluss

Nr.

vom

## Erforderliche Stellungnahmen

Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung  
 Kämmerei  
 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte nach HGIG  
 Frauenbeauftragte nach HGO  
 Sonstiges

Rechtsamt  
 Umweltamt: Umweltprüfung  
 Straßenverkehrsbehörde

## Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

Kommission	nicht erforderlich	erforderlich
Ausländerbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Kulturbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Ortsbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Seniorenbeirat	nicht erforderlich	erforderlich

Magistrat Eingangsstempel  
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A      Tagesordnung B

**Umdruck nur für Magistratsmitglieder**

Stadtverordnetenversammlung

nicht erforderlich	erforderlich
öffentlich	nicht öffentlich

**wird im Internet / PIWi veröffentlicht**

Anlagen öffentlich

Anlagen nichtöffentlich



## B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

In der Kämmerei sind die Anforderungen in den letzten Jahren aufgrund neuer Verfahren, zusätzlicher Aufgabenstellungen und neuer gesetzlicher Anforderungen drastisch angestiegen. Die Bereiche Zentrales Controlling und Beteiligungsmanagement haben bereits jetzt die kritische Marke bei den personellen Kapazitäten überschritten. Die Aufgabenbereiche können ohne zusätzliches Personal nicht in vollem Umfang umgesetzt werden. Daher bedarf es personeller Verstärkung.

## C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
  - 1.1 sich der Aufgabenbereich der Kämmerei durch die steigenden Anforderungen aufgrund zusätzlicher gesetzlicher Anforderungen (z. B. Berichtsformate GemHVO, Einführung des Zero Base Budgetings, einer Nachhaltigkeitsberichtserstattung als Steuerungsinstrument) erweitert hat.
  - 1.2 das Risikomanagement und Treasury durch die hohe Volatilität der Märkte sowie der Erfahrungen aus der Geldanlage bei der „Greensill Bank AG, Bremen“ deutlich komplexer und arbeitsaufwändiger geworden sind.
  - 1.3 die Aufgaben des Beteiligungsmanagements durch die Herausforderungen bei den städtischen Beteiligungen (z. B. Corona-Pandemie, Ukraine-Krise, Gasmangellage) wesentlich umfangreicher geworden sind.
  - 1.4 die Anzahl der abzugebenden Stellungnahmen sowohl qualitativ als auch quantitativ deutlich angestiegen ist. Zudem sind die Stellungnahmen oft sehr kurzfristig fällig.
  - 1.5 für die unter 1.1, 1.2 und 1.3 genannten Mehrbelastungen personelle Ressourcen benötigt werden (zwei Vollzeitstellen im zentralen Controlling wegen des Datenbankmanagements (A 13/ E 12 bzw. A13/E13) und je eine Stelle für Risikomanagement/ Treasury (A13/ E12) sowie Beteiligungsmanagement (A 13 / E 13).
2. Es wird beschlossen,
  - 2.1 dass zum Stellenplan 2024/2025 für die Kämmerei insgesamt vier Vollzeitplanstellen im Stellenwert A 13/E12 bzw. E13 geschaffen werden. Zwei Vollzeitplanstellen für den Bereich 2002 Zentrales Controlling und jeweils eine Vollzeitplanstelle für die Bereiche 2003 Finanzen und 2004 Beteiligungsmanagement.
  - 2.2 dass das VZÄ-Kontingent entsprechend durch Dez. I/ 11 anzupassen ist.
  - 2.3 dass durch die personellen Veränderungen aus Ziffer 2.1 Personal- und Arbeitsplatzkosten in Höhe von ca. 455.060 Euro im Jahr 2024 und in Höhe von jährlich ca. 508.640 Euro ab dem Jahr 2025 entstehen.  
Die ab dem Jahr 2024 erforderlichen Mittel werden von Dezernat III/20 zum Haushalt 2024/2025 angemeldet.

## D Begründung

Zu 1.1

Im Rahmen der Einführung von SAP S/4 HANA und der begleitenden Einführung der SAP Analytics Cloud (SAC) wird ein komplett neues Berichtswesen etabliert. Die LHW will ein Nachhaltigkeitsberichtswesen aufbauen, welches die Finanzdaten mit den Nachhaltigkeitszielen verbindet, idealerweise schon mit der Haushaltsplanung 2026/2027.

Es sind zunächst gemeinsam mit den politischen Entscheidern Ziele zu definieren. Diese bilden die Grundlage für die im Rahmen des „Green Controllings“ zu entwickelnden Berichte.

Durch die enorme Stellen- und Aufgabenausweitung der Ämter (z. B. Ostfeld, Nachmittagsbetreuung an Schulen, Rechtsanspruch Kitaplatz 2027, Bundesteilhabegesetz, Mietmodelle an Schulen und ggf. Erweiterungen, der dazugehörenden immer umfassenderen Vertragskonstruktionen) steigt auch in der Kämmerei sowohl der Arbeitsaufwand als auch die Komplexität. Ebenso ist die Anzahl der Sitzungsvorlagen - insbesondere in Jahren mit Haushaltsplanberatungen (Stichwort Weitere Bedarfe) - nur durch Mehrarbeit leistbar.

Es wird davon ausgegangen, dass sich der Zeitaufwand für die Betreuung der SAC und der Nachhaltigkeitsberichterstattung analog der Arbeiten für den Jahresabschluss und den Gesamtabschluss im Team 2002 entwickeln wird.

Zu 1.2.

Aus dem Revisionsbericht der LHW „Sonderprüfung der Termingeldanlagen bei der insolventen Greensill Bank AG, Bremen“<sup>1</sup> geht hervor, dass das Team Finanzierung der Kämmerei zusätzliche Aufgaben übernehmen soll.

Das Thema „nachhaltige Finanzierung“ rückt immer mehr in den Fokus. Die Anlagerichtlinie der Landeshauptstadt Wiesbaden wird derzeit überarbeitet. Das Thema Nachhaltigkeit gewinnt auch im Hinblick auf Finanzprodukte zunehmend an Bedeutung. Indikatoren der Risikobewertung müssen vor und während der Anlage täglich überwacht werden, was bisher nicht in diesem Umfang erfolgte. Es wurden bisher das Rating und deutsche Medienberichte zum Zeitpunkt der Anlage berücksichtigt.

Zu 1.3.

Seit September 2020 sind zwischenzeitlich 9 von 23 Gesellschaften zur abweichend von den bisher einzureichenden Quartalsberichten zur Monatsberichterstattung aufgefordert. Dadurch fallen für zusätzliche Controllingmaßnahmen ca. 1000 Std. Arbeitsleistung pro Jahr an.

Die Anzahl der Aufsichtsrats- / Betriebskommissionssitzungen der Gesellschaften (Sondersitzungen, Klausurtagungen) stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an. Üblich sind drei bis maximal vier Sitzungen pro Gesellschaft. Zusätzlich zu der Teilnahme an den Sitzungen kommen teilweise sehr aufwendige Vor- und Nachbereitungen, die oft bis zu einer Woche dauern, hinzu.

Beispiel ESWE Verkehr:

- 2019: 4 Sitzungen + 1 Umlaufverfahren
- 2020: 10 Sitzungen + 1 Umlaufverfahren
- 2021: 7 Sitzungen
- 2022: 10 Sitzungen + 3 Umlaufverfahren (ca. 400 Std.)

Aufgrund der aktuellen Haushaltslage entsteht ein höherer Koordinierungs- und Steuerungsaufwand der Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetriebe. Hier sind z. B. zusätzliche Gespräche zur Wirtschaftsplanung sowie zu den Jahresabschlüssen zwingend erforderlich.

Zusätzlich zu den regulären Tätigkeiten sind die Mitarbeitenden des Beteiligungsmanagements in fachbezogenen Projekten tätig. Beispielsweise ist hier das Projekt ÖPNV zu nennen.

Der festgestellte Personalmehrbedarf wird durch die beigefügte Personalbedarfsanalyse verifiziert, diese ist begründet durch die Zeitaufschreibung der Jahre 2021-2023. Die Personalbedarfsanalyse ergibt aktuell einen Personalbedarf von 5,36 VZÄ. Durch voraussichtliche Bündelung der Arbeiten wird aktuell von einem Personalmehrbedarf in Höhe von 4 VZÄ ausgegangen. Die entsprechenden Stellenbeschreibungen werden zeitnah an Amt 15 zur Bewertung gesendet.

## **I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage**

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

## **II. Ergänzende Erläuterungen**

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

## **III. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

## **IV. Öffentlichkeitsarbeit | Bürgerbeteiligung**

(Hier sind Informationen über Bürgerbeteiligungen in Projekten einzufügen)

---

## **Bestätigung der Dezent\*innen**

Wiesbaden,

Imholz  
Stadtkämmerer